



An die
E-Control

Per Mail an: recht-post@e-control.at

In Kopie an: dorit.primus@e-control.at
(Vorsitzende der Regulierungskommission)

Amt der Wiener Landesregierung
MA 64 | Lerchenfelder Straße 4
1080 Wien
Telefon +43 1 4000 89919
Fax +43 1 4000 99 89910
post@ma64.wien.gv.at
wien.gv.at/ma64

MA64-1416678-2025-11
Entwurf einer Verordnung der Regulierungs-
kommission der E-Control, mit der die System-
nutzungsentgelte-Verordnung 2018 geändert
wird (SNE-V 2018 - Novelle 2026),
Stellungnahme

Wien, am 12. November 2025

Termin: 14. November 2025

Vorher zur Einsicht:
Frau Vizebürgermeisterin und
amtsführende Stadträtin für
Wohnen, Wohnbau, Stadterneue-
rung und Frauen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Begutachtungsentwurf der Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 geändert wird (SNE-V 2018 - Novelle 2026) wird nachfolgende Stellungnahme erstattet:

1. Allgemeine Anmerkungen

Einleitend wird angemerkt, dass, aufgrund der umfassenden Änderungen, die Begutachtungsfrist zu knapp bemessen ist, um sachorientiert eine umfassende rechtliche Stellungnahme abgeben zu können. Zudem ist das zu Verfügung gestellte Material für eine umfassende Beurteilung nicht ausreichend. Viele Änderungen, die erst kurzfristig mit dem vorliegenden Entwurf bekannt wurden, machen etliche Vorarbeiten und Klärungen zur praktischen Umsetzung erforderlich. Zudem wird angeregt, dieses Vorhaben mit weiteren Umsetzungserfordernisse (insb. ElWG-Entwurf) abzustimmen. Damit können verfügbaren Kapazitäten und Prozesse effizienter und kostengünstiger gestaltet werden und ein kohärentes System sichergestellt werden.

Die Netzentgelte für das Kalenderjahr 2025 sind von der Regulierungskommission der E-Control – vor allem für die Kund*innen, die aus dem Niederspannungsnetz Strom beziehen – im Durchschnitt um etwa 23 % angehoben worden. Nach dem gegenständlichen Begutachtungsentwurf werden in einigen Netzbereichen die Netznutzungsentgelte neuerlich ansteigen, in anderen wiederum kommt es zu leichten Senkungen. Im Netzbereich Wien sinkt das Netznutzungsentgelt – mit Ausnahme einzelner Kund*innen in der Netzebene 7 nicht gemessenen Leistung - in allen Netzebenen in einem geringen Ausmaß. Für Kund*innen der Netzebene 7 (nicht gemessene Leistung) mit einem geringen Jahresverbrauch kann es zu einer geringfügigen Erhöhung bis zu € 3,00 (netto) kommen. In den Materialien werden die Gründe, warum die Veränderungen der Netznutzungsentgelte in den einzelnen Netzbereichen erforderlich sind, nicht erläutert.

Nur aus Medienberichten konnte in Erfahrung gebracht werden, dass im Zuge der Festlegung der Netznutzungsentgelte vom Regulierungskonto der APG rund € 125 Millionen herangezogen wurden, um kurzfristig die Kostensteigerung der Stromnetze zu kompensieren (vgl. etwa: <https://www.der-standard.at/story/3000000293214/hattmannsdorfer-lehnt-eingriff-bei-gaspreisen-ab>). Diese unzureichende Kommunikation ist jedenfalls kritisch zu hinterfragen, auch wenn die Verwendung des Regulierungskontos in diesem Fall grundsätzlich für sinnvoll erachtet wird.

Allerdings bleibt offen, welche Konsequenz dieser Sondereffekt für die Tarifierung der Netzentgelte nach 2026 haben wird. Zudem ist jedenfalls zu prüfen, ob die beabsichtigte Vorgehensweise durch § 50 ElWOG 2010 gedeckt ist, da diese Bestimmung sehr unbestimmt ist und der E-Control weitreichenden Auslegungsspielraum zugesteht. Vor dem Hintergrund der sensiblen Materie wäre dieser jedoch jedenfalls eng auszulegen.

2. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zur Verordnungsermächtigung:

Im gegenständlichen Entwurf werden als gesetzliche Verordnungsermächtigungen lediglich § 49 ElWOG 2010 und § 12 Abs. 2 E-ControlG genannt. Hier sollten der Verordnung jedenfalls alle zu Grunde liegenden Normen vollständig vorangestellt werden. Es sollte daher geprüft werden, ob insbesondere § 51 Abs. 1 ElWOG 2010 sowie weitere einschlägige Normen angeführt werden müssten.

Zu § 2 Abs. 1 Z 9:

Mit der geplanten Novelle 2026 wird ein reduzierter Sommer-Arbeitspreis (RSAP) für den Zeitraum 1. April bis 30. September neu eingeführt. Es ist aus legistischer Sicht kritisch zu hinterfragen, dass diese neue Systematik lediglich über die Begriffsbestimmungen eingeführt werden. Zudem sollte geprüft werden, ob diese Deckung in den gesetzlichen Grundlagen des ElWOG 2010 findet.

Faktisch kann davon ausgegangen werden, dass es durch den RSAP für das Kalenderjahr 2026 zu Mindereinnahmen bei den Verteilernetzbetreibern kommen wird. Den Erläuterungen ist nicht zu entnehmen, ob die E-Control bei der Tarifierung der „Basis-Netznutzungsentgelte 2026“ einen prognostizierten Wert für die Mindereinnahmen berücksichtigt hat, oder nicht. Für den Fall der Verneinung könnten Mindereinnahmen im Jahr 2026 in den darauffolgenden Jahren zu einer Steigerung der Netznutzungsentgelte führen.

In den Erläuterungen wird darüber hinaus festgehalten, dass der RSAP zur Anwendung kommt *„sofern der Netzbetreiber über die dafür notwendigen Detaildaten verfügt.“* Hierzu ist klarzustellen, wann dieser Fall eintritt. Geprüft werden sollte auch, ob die Klarstellung in den verfügbaren Teil aufzunehmen wären.

Zu § 3:

In § 3 Abs. 1 Z 1 (Kostenwälzung nach dem Bruttowälzverfahren) wird der Wert für den Bereich Österreich (Netzebenen 1 und 2) von 37 % auf 31 % gesenkt. In den Bezug habenden Erläuterungen heißt es dem widersprechend hingegen, dass sich für den Bereich Österreich gegenüber der letztjährigen Festlegung eine Erhöhung von 37 % auf 40 % ergibt.

In den Erläuterungen sind sämtliche relevanten Parameter (insb. Absatzmengen, Gesamtkosten der Übertragungs- und Verteilernetzbetreiber) sowie deren Verteilung auf die einzelnen Netzebenen anzuführen. Anschließend sind insbesondere die Netznutzungsentgelte auf eine nachvollziehbare Weise zu erläutern.

Als Schlusspunkt sind die einmaligen Sondereffekte auf Seiten der Austrian Power Grid AG, die zu einer Reduktion der vorgelagerten Netzkosten führten, darzulegen, sowie im Detail zu erläutern, welche Auswirkungen die Sondereffekte für die Tarifierung der Netzentgelte 2027 und in den Folgejahren haben bzw. haben könnten.

Zu § 5 Abs. 1 Z 9:

Es sollte geprüft und, falls zulässig, klargestellt werden, dass Speicher als Verbraucher gelten und von dieser Bestimmung profitieren. Sicherzustellen wäre auch, dass der Bezug für die Eigenbedarfsdeckung von Kraftwerken ebenfalls von dieser Regelung umfasst ist. Es erscheint unklar, warum nur der Leistungspreis von dieser Regelung umfasst sein sollte. Auch der Arbeitspreis (Netznutzungs- und Netzverlustentgelt) sollte diese Begünstigung erhalten, um den Hochlauf von systemdienlichen Speichern zu unterstützen. Es wird zudem angeregt, diese Bestimmung in weiterer Folge auch auf Netzebene 5 auszuweiten, um Speicherprojekte nicht zu benachteiligen.

Zu § 6:

Im Netzbereich Wien kommt es mit Ausnahme der Netzebene 7 zu deutlichen Reduktionen der Netzverlust-Tarife. Aus den Materialien ist nicht ersichtlich, warum es zu keiner Senkung der Netzverlust-Tarife der Netzebene 7 kommt. Die Systematik der Kostenwälzung sollte dahingehend überprüft werden. Darüber hinaus sollte hinterfragt werden, ob im Laufe einer Regulierungsperiode systematischen Änderungen bei der durchzuführenden Kostenwälzung vorgenommen werden sollten und etwaige Anpassungen allenfalls mit der Einführung eines Leistungstarifs für alle Netzebenen gleichermaßen umgesetzt werden könnten.

3. Zusätzliche Informationen und Unterlagen erforderlich

Für die begutachtende Stelle ist die Ermittlung bzw. Festlegung der Netzentgelte – mangels Detailinformationen - nicht nachvollziehbar. In Zeiten hoher Inflation, die auch auf die Netzgebühren im Energiebereich zurückzuführen ist, ist für eine Zustimmung ein deutlich höheres Maß an Transparenz erforderlich. Konkret wären folgende Informationen bzw. Unterlagen erforderlich:

1. Der Bescheid zur Bestimmung der vorgelagerten Netzkosten bzw. der Ermittlung des Mengengerüsts der Austrian Power Grid AG wurde im Zuge der Begutachtung der Novelle 2026 von der Behörde nicht veröffentlicht. Sämtliche wesentlichen Daten und Informationen zur Überprüfung der einzelnen Entgeltkomponenten (Netznutzungsentgelte, etc.), die Kostenbasis und das Mengengerüst werden in den Materialien weder angeführt noch erläutert.
2. Die Erläuterungen enthalten keinerlei Informationen, welche Auswirkungen das Heranziehen der € 125 Millionen im Regulierungskonto für die Tarifierung in den Folgejahren (ab 2027) haben wird bzw. haben könnte.
3. Es ist die finanzielle Wirkung der neuen Grenzbewirtschaftung (Flow-Based Market Coupling) nicht beurteilbar. In welchem Ausmaß wird dieses System die Netzgebühren Strom in Österreich verändern?

4. Redaktionelle Anmerkungen

In den Erläuterungen sind in einer Tabelle exemplarisch für den Netzbereich Wien die Auswirkungen der Erhöhung der Pauschale auf Entnehmer mit unterschiedlichen Verbräuchen dargestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass die dargestellten Arbeitspreise sowohl für 2025 als 2026 nicht korrekt abgebildet sind, und so die Effekte der Anpassung der Pauschale nicht korrekt dargestellt werden. So ist der Arbeitspreis 2025 mit 7,22 Cent/kWh (anstelle 7,4 Cent/kWh) und für 2026 mit 6,93 Cent/kWh (anstelle 6,98 Cent/kWh) abgebildet. Dies ist zu korrigieren.

Auf ein redaktionelles Versehen in Z 11. § 9 lit. a bis c in Z 3 wird hingewiesen. Es fehlt ein Punkt zum bündigen Abschluss.

Mag. Matthias Fliedl
Telefon +43 1 4000 89929

Mit freundlichen Grüßen
Die Dienststellenleiterin:

(elektronisch gefertigt)

Mag.^a Christina Pass-Dolezal

Nachrichtlich an:

Magistratsdirektion Recht (zur GZ: MDR-1403023-2025-3)

Magistratsdirektion - Geschäftsbereich Bauten und Technik

Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Organisation und Sicherheit, Gruppe SVS

Magistratsabteilungen 5 und 20

Magistratsdirektion – Bereichsleitung Klimaangelegenheiten

Wiener Stadtwerke GmbH